

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 5. September 1922

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M. die fünfgepaltene Zeile; Anzeig-, Verkaufs- und alle sonstigen Zeitungsanzeigen 30 M. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 103

Der gegenwärtige Stand der Technik im Buchdruckgewerbe

(Referat des Kollegen Otto Höbner, Sekretär im Vorstandsvorstand, auf der Generalversammlung in Leipzig)

Wohl selten hat in einem Gewerbe die Technik in verhältnismäßig kurzer Zeit so umwälzende Änderungen hervorgebracht wie im Buchdruckgewerbe. In den Druckmaschinenarbeiten neben den älteren Schnellpressen die modernen Tourenmaschinen, die sogenannten Schwinger, Mehrfarbenmaschinen, die Rotationsmaschinen; — in der Stereotypie ist die frühere Arbeit des Matrachsagens, Ausschlebens, Hobelns, Schleifens und Fräzens der Bleisplatte zum größten Teil von den Plattengießmaschinen, die druckfertige Platten in kurzer Zeit liefern, verdrängt worden; — in der Schriftgießerei ist an die Stelle des Handgießers und der Handgussmaschine die Komplettgießmaschine getreten, die täglich Hunderttausende gutenbergischer Bleispaten aus ihren Kesseln stampft; — und wo einst der Jünger Gutenberg eifrig Männchen auf Männchen baute, da klappern heute die Setzmaschinen der verschiedenen Systeme, tagtäglich Berge von Manuskript verschlingend.

Wenden wir uns zuerst dem Druckverfahren zu, in das als erste Aquarelle vor hundert Jahren bereits Friedrich König mit seiner genialen Erfindung umfänglich eingriff. Der hohen Stand der Drucktechnik hat die „Bücher“ 1914 ihren Besuchern gezeigt, und seitdem sind im Buchdruckgewerbe wesentliche Verbesserungen nicht zu verzeichnen.

Unsere heutigen Zweitourmaschinen sind wohl die vollkommensten Maschinen des Druckgewerbes, die sich immer größere Gebiete erobern. Die deutschen Schnellpressenfabriken wetteifern untereinander, ihre Spezialmodelle zu vervollkommen. Unter den Namen „Winnsbraut“, „Sturmpögel“, „Favorita“, „Rheinland“ — die wohl symbolisch die Leistungsfähigkeit der betreffenden Maschinen andeuten sollen — ist man bemüht, Druckmaschinen auf den Markt zu bringen, die die amerikanischen „Miehle“ übertreffen, die bekanntlich mit ihrem Zweirechenantrieb erst die Entwicklung des Zweitourprinzips gewährt haben. Man baut schon Spezialmaschinen, wie die Schön- und Widerdruckmaschine, als Zweitourmaschine. Hier liegen die beiden Druckzylinder nebeneinander, der Schönendruckbogen wird an den Widerdruckzylinder weitergegeben, wobei der Widerdruckzylinder ständig durch Wischwalzen von eventuell anhaftender Farbe befreit wird.

Obwohl die qualitativen Leistungen unserer Schnellpressen gestiegen sind, waren aber auch die Zweitourmaschinen nicht imstande, die quantitativen Leistungen zu erhöhen, da auch bei diesen Maschinen große Gewichtsmassen bewegt werden müssen, die der Laufgeschwindigkeit ein bestimmtes Ziel setzen. In diesem Punkte dürften unsere heutigen Schnellpressen auf dem Höhepunkt angelangt sein, oder es müßten die Pressen auf ganz anderer Grundlage aufgebaut werden.

An solchen Versuchen hat es auch nicht gefehlt. Es sei z. B. an die amerikanische „Autopress“, die etwa 5000 Druck in der Stunde leistet, erinnert. Bei dieser Maschine befindet sich der Druckzylinder in ständigem Zahnengriff mit dem Fundament und rollt dem letzteren entgegen, wodurch die Weglänge des Fundaments um die Hälfte verkürzt wird. Aber auch diese Maschine kommt nur für kleine Formate in Frage, oder ihre Geschwindigkeit würde herabgemindert werden, wenn schwerere Maschinenleiste fortbewegt werden müßten.

Mit der seit Erfindung der Schnellpresse üblichen Konstruktion — dem feststehenden Druckzylinder und dem beweglichen Fundament — will eine Erfindung des Steffiner Maschinenbauers Gustav Sobn aufträmen, dem eine ganz neuartige Schnellpresse patentiert worden ist, und für die „Wellflieger“ genannte Maschine sollen sich bereits Interessenten zum Bau der Maschine gefunden haben. Bei dieser Maschine ist das Druckfundament feststehend in der Mitte angeordnet, nach oben und unten verschiebbar; der Druckzylinder wird in Zahnstangen hin- und hergeführt; er liegt in einem Schlitze, worin auch daneben die Nultra- und einige Reibwalzen liegen. Die andere Seite der Farbwerke liegen unter dem Anlegelisch.

Der Hauptvorteil dieser Maschine soll darin liegen, daß die Maschine beim Vorwärtsgang und beim Rückwärtsgang je einen vollen Arbeitsgang ausführt, so daß der

leilher bei den Schnellpressen bestehende leere Gang fällt. Ein weiterer Vorteil soll das Fortfallen der Spieße sein, die zum großen Teil bekanntlich durch die hin- und hergehende Bewegung des Druckfundaments und die damit verbundene Erschütterung hervorgerufen werden. Die neue Schnellpresse erreicht gegenüber den gebräuchlichen angeblich die doppelte Druckzahl; sollte der „Wellflieger“ halten, was er verspricht, so bedeutet die Erfindung Sobns zweifellos eine Umwälzung im Bau der Buchdruck Schnellpresse.

Bisher haben sich die Maschinenfabriken noch immer für das Selbsthalten an dem von ihnen für richtig erkannten Grundprinzip der Fortbewegung des Fundaments erklärt: König & Bauer bevorzugen die Kreisbewegung, Augsburg und Frankfurt die Eisenbahnbewegung, Johannisthal benutzte die Kreisbewegung für Maschinen mit großen Formaten, Rodloff & Schneider benutzte die Kurbel mit Rollradbewegung, Coswig das Planetensystem in Verbindung mit der Rollradbewegung. Mit diesem Prinzip der Fundamentbewegung bricht der „Wellflieger“ oder vielmehr, er will damit brechen, und die Zukunft wird lehren müssen, ob das neue Prinzip des feststehenden Fundaments sich in der Praxis bewähren wird.

Der auf den Schnellpressen und auch auf Rotationsmaschinen geübte gleichzeitige Zweifarbendruck hat Erweiterung erfahren durch die Möglichkeit des Druckes von vier Farben auf der Rotationsmaschine in einem Arbeitsgang. In Betracht kommt die Vierfarbendruckmaschine „Trio“ von König & Bauer, die schon auf der Buzza bewundert wurde und nun in der Praxis läuft. Die Maschine hat zwei Zylinder, die in drei Teile geteilt sind, von denen jeder den Druck einer Farbe zu bewerkstelligen hat. Das Greifergewerk hat bei dieser Maschine Anwendung gefunden. Der Greiferring hat fünf Greiferleisten und ist um ein Viertel größer als der Zylinderumfang, so daß beim Druck jede Leiste um ein Druckfeld später eintritt; nach vier Umdrehungen ist der Druck aller vier Farben erledigt. Die auf der „Trio“ hergestellten Vierfarbendrucke können sich zum drucktechnischen Standpunkt aus sehr gut sehen lassen.

Die von den Buchdruckmaschinenfabriken vor dem Kriege geplante Vergrößerung der Rotationsmaschinen von 96er-Maschinen auf 128er ist nicht zur Ausführung gekommen. Die mit den 96er-Maschinen gemachten Erfahrungen in der Praxis — übrigens existieren nur drei dieser großen Maschinen — haben von dem weiteren Bau solcher Rammdruckmaschinen Abstand nehmen lassen. Der Umstand, daß die Herstellung der für derartige große Rotationsmaschinen nötigen Stereotypplatten geraume Zeit in Anspruch nimmt, hat in den Buchdruckereien den 64seitigen Maschinen den Vorzug verschafft, die schon lange laufen, wenn bei der 96seitigen Maschine die Stereotypie noch mit der Herstellung der Platten beschäftigt ist.

Überhaupt zeigt sich beim Buchdruckmaschinenbau der jüngsten Zeit das Bestreben, vom Bau der großen Formatmaschinen Abstand zu nehmen und den Bau milderer und kleinerer Druckmaschinen zu fördern, die einerseits billiger im Preise sind und zum andern Teil eine größere Verwendbarkeit ermöglichen.

Ein Wunder der Drucktechnik stellt die von der Vogelländischen Maschinenfabrik erbaute „Buchmaschine“ dar, die bei der Firma Mifflin in Berlin in Betrieb ist und zum Drucke der Mifflinbücher Verwendung findet. Diese Maschine ist eine Kriesserrungenschaft im besten Sinne des Wortes. In der Vorrietzstellung wurde der Satz für die Mifflin-Bücher hierzulande hergestellt, dann gematert; diese Matrern wurden dann nach England geschickt, wo der Druck auf einer Maschine erfolgte, die in einem Arbeitsgange das Buch druckte. Das Broschüren bzw. Binden dieser Bogen geschah in Deutschland.

Die Maschine ist den modernen Illustrationsrotationsmaschinen angepaßt, und es wird auch hier mit Zylinderrollungen gearbeitet. Die Buchmaschine besteht aus zwei Werken; jedes Werk hat einen Schön- und Widerdruckzylinder und abriebbare Farbwerke mit je vier Nultra- walzen. Die Druckzylinder haben den gewöhnlichen Umfang von 180 cm und eine Breite von 100 cm; jeder dieser Druckzylinder nimmt 96 Seiten Roman auf, mithin produziert beide Werke, die zusammengekuppelt laufen, 4x96 Seiten = 384 Seiten in einem Arbeitsgange. An die Druckmaschine ist ein Falzwerk angeschlossen mit sechs Falzstrichen und sechs Falzwerken.

Ein Mifflin-Buch von 384 Seiten Umfang — und diese Bücher haben zumeist solchen Umfang —, das sind zwölf Bogen zu 32 Seiten, wird also auf dieser Maschine ge-

druckt, gefalzt, zusammengetragen und ordnungsmäßig ausgelegt, so daß das Buch nur noch gebastet und gebunden zu werden braucht. Die Maschine produziert auch schwächere Buchausgaben, die kleinste mit 64 Seiten. Daß eine solche Maschine infolge ihrer ungeheuren Produktion und der Ausschaltung von Maschinenmeistern, Buchbindern und Hilfsarbeitern ihren Besitzern Riesengewinne in den Schoß wirft, ist wohl ohne weiteres erklärlich.

Ungerechte Entlohnung bei Lohn-erhöhungen

Nach nie hat es sich so bemerkbar gemacht als in dieser Zeit, wo die Preise der Lebenshaltung von Tag zu Tag ins Ungeheure steigen, daß die Entlohnung für einen Teil der Kollegen in der Woche einer Lohnerböhung ungerecht ist. In vielen Betrieben wird nämlich der Lohn am Schluß der Lohnwoche ausgezahlt (in vereinzelten Fällen sogar noch einen Tag früher). Wo aber die Lohnwoche ein oder zwei Tage vor dem Sonntag endet, da erhalten die Kollegen auch die jetzige Feuerungszulage für ein oder zwei Tage weniger ausgezahlt.

Man nehme an, der Freitag ist Sabbat. Geht die Lohnwoche ebenfalls bis Freitag, so ist für fünf Tage die neue Feuerungszulage zu zahlen, geht aber die Lohnwoche bis einschließlich Mittwoch, so kommen nur drei Tage zur Auszahlung. Das macht pro Kopf einen Schaden von 166,67 M., aus oder man bekommt für vier Stunden keinen Lohn. Daselbst wiederholt sich über zehn Tage, wodurch überhaupt die Nacht von 100 M. auf 100 M. innerhalb 14 Tagen 266,67 M. Das ist ein nicht unerheblicher Schaden. Doch noch nicht, da wir von der Firma zwei Tage Lohn einbehalten, wo man schon nicht mehr weiß, wie man jetzt auskommen soll. Dieses Verhältnis abzuändern, wird schwieriger sein, da es natürlich zu spät ist, und prinzipiell nicht an Einwendungen fehlt wird.

Es heißt wohl, das Geld, das jetzt weniger gezahlt wird, bleibt doch stehen; man bekommt für die zwei Tage, wenn das Arbeitsverhältnis geblieben ist, nicht 20 M. pro Tag wie vor drei Jahren, sondern schon über 300 M. Diese Ansicht ist aber nicht richtig, denn 300 M. haben jetzt nicht so viel Wert als vor drei Jahren 20 M.

Nun möchte ich unsern Vertretern im Karlsruhschulle mit auf den Weg geben, in Zukunft dafür einzutreten, daß bei Lohnerböhdungen die Löhne, die am darauffolgenden Sabbat, z. B. am Freitag, gezahlt werden, die gleiche Anzahl von Tagen eine Erhöhung erfahren, ganz gleich wie die Lohnwoche liegt. Es soll nicht eine Firma sein, die andre nur drei Tage bei der neuen Feuerungszulage zu zahlen brauchen, damit endlich die immer Benachteiligten einmal zu ihrem Rechte kommen. Berlin-Neukölln. F. B.

Anmerkung der Redaktion: Wäre es nicht richtiger, wenn der Verfasser für die Karlsruhschulle verlangen würde einen einheitlichen Satz und einen einheitlichen Abrechnungstag? Hier muß doch eingeleitet werden.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Altenburg. Eine Bezirksversammlung am 18. August beschäftigte sich zunächst mit der bevorstehenden Karlsruhschulle. Alle vom Vorstand und aus der Versammlung gestellten Anträge wurden einstimmig angenommen. Dann nahm die Versammlung Stellung zu einem geplanten brüderlichen Vorhaben der Drucker der Piereischen Hofbuchdruckerei. Diese hatten am vorhergehenden Freitag an die Firma die Forderung einer Überminimumbesoldung von 50 bis 100 M. gestellt mit einer Frist zur Regelung bis Donnerstag, den 17. August. Da die Firma bis zu diesem Tag eine Entscheidung nicht geben konnte, weil Herr Geibel in den Ferien weilte und nach der Erklärung des zweiten Direktors er allein nicht zuständig sei, beschloßen die Drucker in einer Versammlung am Freitag mit über Zweidrittelmehrheit, am Sonnabend die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Die in dieser anwesenden Vorstandsmitglieder sowie Gewerkschaftssekretär Kollege Thomaska hatten zwar eindringlich vor diesem Schritt gewarnt und auf alle eventuellen Konsequenzen aufmerksam gemacht, konnten aber die erregten Gemüter nicht von dem letzten Mittel zurückhalten. Auch in der Bezirksversammlung fehlte es nicht an Warnern, wenn auch ein Teil den Schritt der Drucker be-

größte. Am Sonnabend, dem 19. August, erschienen also die Drucker nicht zur Arbeit. Dem Vorsitzenden und dem Betriebsratsvorsitzenden wurden bei der Besprechung mit der Geschäftsleitung am selben Vormittag keine bindenden Zulagen gemacht. Zu berücksichtigen waren die Konsequenzen, in die das obige Personal kommen konnte. Wegen des Ernstes der Situation fand man am Sonntag, dem 20. August, eine Ortsvereinsversammlung statt, zu der auf telegraphische Einladung Kollege Marksa vom Gewerkschaftsvorstand erschienen war. In dieser Versammlung wirkte nun das Ergebnis der Tarifverhandlungen wie eine Bombe auf die erregten Gemüter. Dessen Besprechung wurde als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, und mit 159 gegen 19 Stimmen wurde das Abkommen abgelehnt. Die Drucker beschloßen aber, aus Mitleid am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Eine Kommission aus den Vertrauensleuten und dem Vorstand sollte mit der Preispolitik verhandeln. Diese Verhandlung fand am Montagvormittag statt. Den ersten, aber rechtlich unzulässigen Vorlegungen der Gehilfen schloß sich die andere Seite nicht verschließen zu können; sie gab die Zulage, die Forderung auf Vorkablung der Septemberzulage ab 20. August und die Regelung der Abminderungsbezahlung prüfen zu wollen und am Mittwoch, dem 23. August, Beschluß zu geben. Bei dieser Zusammenkunft lebte die Preispolitik die Vorkablung bestimmt ab. In der Abminderungsbezahlung machte sie Zugeständnisse in Höhe von 20 bis 45 M. auf das bisher Gezahlte ab 14. August. Trotzdem verhielt sich die Preispolitik von der Preispolitik zu erlangen, lebte diese entschieden ab. Die Kommission gab die Erklärung ab, daß am selben Abend 7 1/2 Uhr stattfindende Versammlung das Angebot zu unterbreiten. Nach einer längeren Aussprache, in der alles reiflich erwogen worden war, nahm diese Versammlung gegen 22 Stimmen von 218 Anwesenden das Angebot mit nachfolgender Entschlieung an, die den Preispolitik überreicht werden soll: „Die am 23. August vermittelte Gehilfenentscheidung des Buchdruckergewerbes ist unannehmbar und bedarf der Verhandlungskommission entgegen und hat dazu folgendes zu erklären: 1. Ich lehne die ihr Bedauern aus, daß allem Anschein nach die Arbeitgeber nicht ihrem eignen, sondern dem Willen einer über den Organisationsinstanz folgen; 2. Ich lehne die sich gezwungen, durch den Druck der Verhältnisse das Angebot anzunehmen und betrachte es nur als eine Etappe in der Entwicklung der Abminderungsbezahlung; 3. Ich fordere die den Gewerkschaften auf, unverzüglich eine Bezirksvereinsversammlung einzuberufen, um sofortige neue zentrale Verhandlungen zu ermöglichen; 4. Ich lehne es jedem einzelnen, seine Arbeitskraft so hoch als möglich zu verkaufen.“

Braunschweig. Die Versammlung am 20. August bezweckte das Ergebnis der letzten Tarifauschüßung in Anbetracht der in letzter Zeit eingetretenen ungewöhnlich hohen Preissteigerung aller Lebensmittel- und Bedarfsartikel als unannehmbar und bedingungslos die Betriebsräte, sich nochmals hiermit zu befassen und evtl. Schritte zu beschließen. — Eine Betriebsratsversammlung fand am 23. August statt und resultierte folgende Entschlieung, die nach Ablehnung eines weitergehenden Antrags einstimmig angenommen wurde: „Es kann nicht verstanden werden, daß zwischen der Forderung von 1000 M. und dem erzielten Ergebnis eine so große Spanne liegt. Die Betriebsräte der Kollegenschaft nehmen im Interesse der Geschlossenheit der Organisation nach eingehenden Beratungen das Abkommen nochmals an, verlangen aber vom Hauptvorstand und der Gehilfenverwaltung, daß die nächste Tarifauschüßung schon Anfang September stattfinden soll. Die Forderungen der Gewerkschaft entsprechend gestellt werden, und daß in der Zukunft eine Zweiteilung der Zulagenzulagen nicht stattfinden, sondern daß den Verhältnissen entsprechend kurzfristige Abkommen gefällig werden. Wenn eine Stellung nach den einzelnen Ortskollegen nicht zu umgehen ist, so ist diese vielleicht den Maschinenherstellern entsprechend in drei Gruppen vorzunehmen.“

Bremen. In überfüllter Versammlung nahmen die hiesigen Kollegen am 24. August u. v. Stellung zum letzten Lohnabkommen, welches der wirtschaftlichen Notlage der Kollegen nicht im entferntesten Rechnung trägt. Der Wille der Versammlung kam in nachstehender, einstimmig angenommener Entschlieung zum Ausdruck: Die am 24. August 1922 im Saale des „Bildungsvereins Kelling“ abgehaltene überfüllte Bezirksversammlung der Bremer Buchdrucker bezeichnet das von dem Tarifauschüß in Berlin geäußerte Lohnabkommen als völlig ungenügend. Insbesondere verurteilt sie die Bindung auf die Dauer von vier Wochen. Bei der fast fündiglich fortgeführten Entwerfung des Geldes und der damit verbundenen Verteuerung der Lebenshaltung wird der Abschluß langfristiger Lohnabkommen zur Ursache immer größerer Verelendung der Kollegenschaft. Die völlige Ausherrschung eines Ausweges für die Zeit vom 1. bis 19. August ist ein weiterer Beweis für die völlige Unzulänglichkeit der getroffenen Vereinbarungen. Die Verammelten beauftragen daher den Bezirksvorstand unter Hinzulegung von drei von der Versammlung zu wählenden Vertretern, mit der hiesigen Preispolitik unverzüglich Verhandlungen anzubahnen und stellen zu diesem Zwecke folgende Mindestforderung auf: Die vom Tarifauschüß in zwei Raten eingeforderte Lohnzulage ist vom 20. August ab in voller Höhe zur Anrechnung zu bringen in der Form, daß für die Lohnwochen vom 21. August an Zulagen von 800 M. zur Auszahlung gelangen. Des weiteren ist eine Ausgabenzahlung für die Zeit vom 1. bis 19. August anzufordern. Über das Resultat ist einer baldmöglichst einzuberufenden Versammlung Bericht zu erstatten.

Chemnitz. Inre Versammlung am 20. Juli ergriffte das Votum für die durchreisenden arbeitslosen

Kollegen und nahm dann den Bericht des Bauvorstehers Ortelt über die Verhandlungen der Generalversammlung und des Tarifauschüßes entgegen. In anderthalb stündigen Ausführungen zeichnete Redner ein ausführliches Bild der gegenseitigen Beziehungen. Die Diskussion war eine gesunde Wiedergabe der Generalversammlung: Hier Opposition, hier Tarifgemeinschaftsverfechter. Eine Entschlieung forderte vorzeitige Einberufung des Tarifauschüßes bei Anhalten der Preissteigerung. — Die außerordentliche Generalversammlung am 22. August faßte Beschluß über die zur Tarifrevision eingegangenen Anträge und stimmte dann nach einem Referat des Kollegen Redakteur Fejtsch dem Antrag des Gewerkschaftskartells auf Schaffung „Sozialer Baubetriebe“ zu. Zur Deckung der auszubringenden Kosten wurde der Ortsbeitrag um 50 Pf. ab 1. Oktober wöchentlich erhöht. Kollege Ortelt berichtete sodann über die letzte Tarifauschüßung. Das Ergebnis der Aussprache war folgende Entschlieung: „Die Mittelgehilfenentscheidung erklärt zum neuen Lohnabkommen, daß die erzielten Zulagenzulagen nicht das gebracht haben, was bei sprunghaftem Steigerung aller Lebens- und Bedarfsartikel erforderlich gewesen wäre. Besonders wird verurteilt, daß das Lohnabkommen auf vier Wochen abgeschlossen wurde; die Erfahrungen des Lohnabkommens waren dazu angehen, daß einem Abkommen für die Hälfte September nicht zugestimmt werden dürfte. Die Preispolitik sind dahin zu bringen, neue zeitliche Abschlüsse zu machen. Es wird anerkannt, daß die Gehilfenvertreter ihre Pflicht in den Grenzen des Möglichen getan haben.“ Zwei von oppositioneller Seite gestellte Anträge verfielen der Ablehnung. Ein kurzer Vortrag des zur Arbeiterakademie Frankfurt entsandten Kollegen Matthes über „Die Akademie und ihre Aufgaben“ beschloß die Versammlung.

Danzig. Die letzte Monatsversammlung des Buchdruckervereins der Freien Stadt Danzig am 22. August beschloß sich recht eingehend mit dem Augustabkommen des Tarifauschüßes. Das Ergebnis dieser Tagung hat die hiesige Kollegenschaft noch weniger befriedigt als die vorhergehenden. Neben der für unser Gläubigerparadies in keiner Weise hinreichenden Höhe der Zulage war es vor allem die Zweiteilung in 21. August und 1. September, die den Anwesenden der Versammlung hervorrief. Es kam zum Ausdruck, daß man sich diese Art von Zulagenpolitik, die die prozentuale Spannung zwischen Erlösminimum und tatsächlicher Lohne mit jeder Zulage vergrößert, statt sie zu vermindern, auf keinen Fall bieten lassen wolle, zumal für Danzig die Lage noch krasser sei als in den meisten Städten Deutschlands. Die Stimmung der Versammlung ließ vermuten, daß in dieser Angelegenheit für Danzig noch nicht das letzte Wort gesprochen sei, sofern nicht kleinste Abänderung des augenblicklichen Zustandes in Aussicht stehe. Um weiteren Verlauf hielt der Volksstagesabgeordnete Man einen Vortrag über die Frage: „Sollen die Gewerkschaften politische Aufgaben?“ Der Vortrag lieferte klaren, konzentrierten und beispielreichen Form starken Beifall hervorrief. Außerdem wurde eine Anzahl von Anträgen zur Tarifrevision angenommen. Im geschäftlichen Teile gab Kollege Bulla die Bewegungstatistik bekannt, nach der am Schluß des zweiten Quartals 434 Mitglieder, 5 Invaliden, 1 Arbeitsloser und 6 Kranke zu verzeichnen waren.

Dresden. Eine außerordentliche Generalversammlung beschloß sich am 25. August zuerst mit den letzten Lohnverhandlungen. Kollege Freitag berichtete hierüber. Beide Parteien hätten jedenfalls nicht geben, daß sich die Lebensmittelpreise so wie gesehen überführen würden. Es empfehle sich daher, da auch aus dem Gau bereits solche Wünsche eingegangen seien, den Vorstandsvorstand sofort zu benachrichtigen, er möge beantragen, daß die letzte Rate des Lohnabkommens sogleich mit zur Auszahlung kommt und die Lohnkommission zu neuen Verhandlungen unverzüglich zusammenberufen. In der Debatte sprach Kollege Gieppner: Die Lohnzulagen seien immer unzulänglich erfolgt, denn bereits im Mai hätte man 62 M. unter dem Erlösminimum gefunden und schon das Juniresultat hätte uns zurückgebracht. Nach dem Dollarkurs wären 100 Proz. Zulage zu verlangen gewesen. Man sehe deshalb einem langsamen Abgleiten entgegen. Während die Gehilfen nur 55 Proz. erhielten, hätte man den Preispolitik 60 Proz. Erhöhung auf ihren Druckpreistarif zugebilligt. Diese machten deshalb ein außerordentliches Geschäft dabei. Man erhebe aus allem, daß endlich andre Wege gegangen und mit der Tarifgemeinschaft gebrochen werden müßte. Die Lohnabkommen müßten bezirgsweise erfolgen und dürfen nur innerhalb einer zehntägigen Frist abgeschlossen werden. Kollege Freitag trat im Schlußwort dem Vorredner in vielen Punkten entgegen. In den 60 Proz. Erhöhung des Druckpreistarifs seien noch andre Sachen mit enthalten, die nicht sofort in Rechnung gestellt werden könnten. Mit dem bezirgsweisen Vorgehen und den zehntägigen Lohnabkommen wolle man nicht, ob mehr herauszuholen sei; aber das wolle man, daß dabei die Organisation in Stücke gerissen werde. Auf der einen Seite schwärme man für den Industrierwerb und für Massenaktionen, auf der anderen wolle man dezentralisieren, also bezirgsweise vorgehen. Das sei keine Logik. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß in dem vorgeschlagenen Sinne dem Vorstandsvorstande berichtet wird. Als zweiter Vorsitzender des Dresdener Ortsvereins wurde Kollege Baumteuffer gewählt. Eine Anzahl Anträge zur Tarifrevision wurden verlesen. Sie bezogen sich auf die §§ 1, 3, 5, 7 und 11. Sie wurden einstimmig aufgegeben.

Dresden. (Schlußfolger.) Die Versammlung am 24. August nahm Stellung zum neuen Lohnabkommen. Während der längeren Aussprache drachten künftliche Redner (Schlichter sowie Hilfsarbeiter) ihre Anzuerkennung

zum Ausdruck. Die Prinzipale haben wiederum gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, zur Erhaltung unserer Arbeitskraft durch Bewilligung angemessener Löhne beizutragen. Die neuen Zulagen sind dazu angehen, die Arbeitstreueigkeit immer mehr herabzumindern. In folgender Entschlieung, die einstimmig Annahme fand, brachte die Versammlung ihren Willen zum Ausdruck: „Die Versammlung nimmt Kenntnis vom neuen Lohnabkommen und stellt mit Enttäufung fest, daß die Prinzipale nicht bereit waren, die Löhne der Schriftleiterarbeiten und Arbeiterinnen auch nur annähernd den bestehenden Verhältnissen anzupassen. Die Dresdener Mittelgehilfen schloß sich mit dem Ergebnisse des Abkommens nicht einverstanden erklären und fordert unbedingt eine Heraussetzung der Zulagen ab 16. August. Zur Erreichung dessen wird bei der Zentralkommission beantragt, sofort neue Verhandlungen anzubahnen.“ Der vorgeschlagene Erhöhung der Beiträge für die Zentralkommission sowie der Vereinsbeiträge wurde zugestimmt.

Greifswald. Inre außerordentliche Generalversammlung am 23. August, die sich u. a. eingehend mit dem neuen Lohnabkommen beschloß, war einstimmig der Ansicht, daß auch die neue Lohnzulage nicht befriedigen kann, da sie nicht annähernd mit der enormen Teuerung Schritt hält. Folgende Entschlieung fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung lehnt das neue Lohnabkommen ab, da es nicht im entferntesten der heutigen Preissteigerung Rechnung trägt und die Gehilfenentscheidung fernerhin der Verelendung preisgegeben ist. Sie fordert den Vorstandsvorstand auf, unverzüglich neue Verhandlungen anzubahnen mit dem Ziele, der Gehilfenentscheidung eine den Verhältnissen entsprechende Erlösens zu sichern.“ Große Anzuerkennung herrschte auch darüber, daß die Abminderungsbezahlung noch immer nicht den heutigen Verhältnissen angepaßt ist. Diese Zurücksetzung eines großen Teiles der Gehilfenentscheidung wurde als schweres Unrecht empfunden. Ein Antrag, die tariflichen Schwächen zu erforschen, hier umgehend Wandel zu schaffen, wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, den Ortsvereinsbeitrag von 1 M. auf 3 M. zu erhöhen.

Hamburg. (Außerordentliche Generalversammlung am 23. August.) Unter Vereinsmitteilungen wurden zunächst eine Reihe von Vereinsangelegenheiten erledigt. Kollege Runkler berichtete dann über die Tarifauschüßung. In kurzer und klarer Form stellte er alle wichtigen Verhandlungspunkte dar und erläuterte die gefassten Beschlüsse. Wenn das materielle Ergebnis auch nicht voll befriedigte, so seien wir doch trotz aller Schwierigkeiten und Hemmnissen vorwärts gekommen. In der anschließenden Aussprache wurde die Differenzierung und die abermalige Zweiteilung bemängelt und für die Zukunft kurzfristige Abschlüsse gefordert. In keinem Schlußwortes Kollege Runkler erneut auf die großen Widerstände hin, die bei der reichsarbeitslosen Regelung unserer Lohnverhältnisse zu erwarten sind. „Vollständigste Lösung zwischen den einzelnen Arbeitergruppen waren schon früher und werden vorläufig noch bleiben.“ Er erklärte, eine kürzere Befristung der Lohnabkommen sei aus den verschiedensten Gründen leider nicht durchführbar. Der Antrag des Vorstandes: „Automatische Freistellung des Gaubeitrages“, wurde nach Begründung durch den Kollegen Corli gegen eine Stimme angenommen. Wegen des vierwöchigen Verbot der „Hamburger Volkszeitung“ erbob die Versammlung scharfen Protest. Der Vorstand wurde beauftragt, unverzüglich Schritte zu unternehmen, um das Verbot rückgängig zu machen und Schadloshaltung der betroffenen Kollegen zu fordern. Nachstehende Resolution des Kollegen Marquardt fand einstimmige Annahme: „Die am 23. August im „Gewerkschaftshaus“ tagenden Hamburg-Alttonner Buchdrucker erheben bei den Hamburger Behörden Protest gegen das ohne Angabe von Gründen erfolgte Verbot der „Hamburger Volkszeitung“ auf die Dauer von vier Wochen. Sie leben in dem Verbot, das einer Stilllegung des Betriebes gleichkommt, eine Schädigung ihres wirtschaftlichen und Klasseninteresses. Sie erwarten, daß die getroffenen Maßnahmen sofort rückgängig gemacht werden, daß die Arbeiterentscheidung anlässlich des Rathenau-Mordes ihre Demonstrationen gegen die monarchistisch-kapitalistische Clique geführt hat, und nicht ein Gesetz zu schaffen, das zur Unterdrückung der Arbeiterpresse führt.“

Hannover. Die Karlsruher Mitgliederversammlung am 21. August erbrachte vor Eintritt in die Tagesordnung das Ansehen zweier verstorbenen Kollegen, insbesondere des langjährigen Vorstandsmitgliedes Paul Reichenbach. Sodann erstattete unser Kreisvertreter Kollege Winkler in einem prägnanten Referat Bericht über die letzte Tarifauschüßung. Besonders betonte er die Schwierigkeit, in dieser Zeit des rapiden Steigens des Dollarkurses von den Prinzipalen das zum Leben Notwendige für die Gehilfenentscheidung herauszuholen, da man nicht in der Lage sei, die Entwicklung des Wirtschaftslebens auch nur für einige Wochen voraussehen zu können. In der regen Aussprache wurde von allen Rednern die Arbeit unserer Gehilfenvertreter anerkannt, jedoch betont, daß auch diese Lohnverhöhung nicht imstande sei, der weiteren Verelendung der Gehilfenentscheidung Einhalt zu tun, da die wunderliche Ausbeutung des Volkes schneller arbeite als der Tarifauschüß. Geordert wurde besonders, daß beide Zulagen sofort gezahlt werden müßten, und daß bei solch minimalen Zugeständnissen ein Lohnabkommen nur über die hiesige Lage gefällig werden dürfte. Ein Antrag, mit der hiesigen Preispolitik sofort wegen Verbesserung des Tarifauschüßergebnisses in Verhandlungen zu treten, wurde aus tatsächlichen Gründen mit schwacher Mehrheit abgelehnt. Anschließend wurden Abänderungsanträge zur Tarifrevision beraten und angenommen. Die Berichtserstattung vom Gau wurde zurückgestellt.

Kaiserslautern. In unrer Versammlung am 21. August, die sich mit der Stellungnahme zum neuen Lohnabkommen befahte, fand eine Entschliessung einstimmig Annahme, in der zum Ausdruck kam, dass das Bewilligte nicht in erster Linie zur Befriedigung der Lebenshaltung ausreicht. Die Versammlung setzt ihre Hoffnung auf die demnächst stattfindende Kreisversammlung, hoffend, dass diese das zum Leben Notwendige einlgermaßen bringt.

Mainz. Nach Erledigung einiger geschäftlicher und örtlicher Angelegenheiten (letzteres bezog sich ganz besonders auf die „Mainzer Tageszeitung“ bezüglich der darin verappten „Weisheiten“) nahm die Bezirksversammlung am 19. August von einer Diskussion über den Bericht von der Verbandsgeneralversammlung Abstand und befahte sich in lebhafter Debatte mit dem Ergebnisse der Tarifauschubhörung. Der Ertrag der Aussprache fand in einer Entschliessung seinen Niederschlag, in der Entschliessung über das geringe Entgegenkommen der Prinzipalkität zum Ausdruck kommt. Unter dem Druck der Verhältnisse nahm die Versammlung das Resultat an und forderte, dass der Tarifauschub unbedingt am 1. September wieder zusammentritt. Außerdem wurde verlangt, dass die Septemberrate schon am 20. August zur Auszahlung kommt. Schließlich befahte sich die Versammlung noch mit Anträgen zur Tariferneuerung.

Mannheim. Eine starkbesuchte Allgemeine Buchdrucker-Versammlung der Bezirke Mannheim und Ludwigshafen am 21. August nahm Stellung zu dem letzten Lohnergebnis. Gaworriehes Conrabi, der den Lohnverhandlungen als Organisationsvertreter beigeordnet hatte, erstattete eingehend Bericht, erziehend, das Ergebnis einer sachlichen Würdigung zu unterziehen, wenn es auch noch lange nicht befriedigend sei. In der nun einleitenden, vom Vorsitzenden eröffneten Diskussion, an der sich zahlreiche Kollegen beteiligten, wurde das Ergebnis mit Entschiedenheit und Entrüstung aufgenommen. Es geht einfach nicht an, dass, wie z. B. hier, unsere Löhne bis 700 M. hinter denen in der Industrie zurückbleiben; ein vorliegender Lohnzettel einer 52-jährigen Arbeiterin weist einen höheren Lohn aus als den eines verheirateten, über 24 Jahre alten Buchdruckers. Es ist daher durchaus nicht verwunderlich, wenn schon viele Kollegen dem Besuche den Rücken kehren und weitere daselbst tun wollen, um in der Industrie ein weit besser entlohntes Unterkommen zu finden. Es müßten Mittel und Wege gefunden werden, die der Jugendheiligkeit und Bodeneinheit unrer Prinzipale bezüglich unrer Entlohnung endlich ein Paroli bieten. Folgende Entschliessung gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die Allgemeine Buchdrucker-Versammlung der Bezirke Mannheim und Ludwigshafen kann dem durch den Tarifauschub in Berlin getroffenen Lohnabkommen nicht zustimmen, da dieses den tatsächlich bestehenden und täglich immer mehr steigenden Lebensverhältnissen in keiner Weise Rechnung trägt. Die Bezirksvorstände von Mannheim, von Ludwigshafen werden deshalb beauftragt, sofort die nöthigen Schritte zu unternehmen: Am 1. September sollige Rate mit dem am 20. August zu zahlenden Betrag bereits ab dieser Woche in voller Höhe zur Auszahlung zu bringen. Nur eine befriedigende Antwort auf diese Forderung dürfte in der Lage sein, die örtliche Ruhe im Gewerbe aufrecht zu erhalten, und erwarten wir diese Antwort bis spätestens Donnerstag, den 24. August. Das nicht rechtzeitige Eintreffen der Antwort betrachten wir als Ablehnung.“

Mürnberg. Inre Versammlung vom 24. August nahm u. a. auch Stellung zu dem letzten Ergebnisse der Tarifauschubhörung. Vorhinderndes Verwehntes vermies einleitend auf den ungeheuren Sturz der deutschen Mark und die dadurch bedingte exorbitante Preissteigerung. Die Unmöglichkeit, durch Lohnerhöhung allein den Ausgleich zu schaffen, trete immer mehr auf. In diesem Sinne seien auch die Anträge an den Tarifauschub zu werfen, die dessen Einwirken auf die Reichsregierung zur Schaffung gesetzlicher Maßnahmen gegen Schieber- und Preiswucherer verlangen. Weiter müsse der ADGB, seine internationalen Beziehungen benutzen, um einer Veränderung des Versailles Friedensbittakts den Boden zu ebnet. Unter Würdigung der momentanen wirtschaftlichen Verhältnisse müsse man die Arbeit unrer Gehilfenvertreter anerkennen. Zugegeben sei aber, dass die erreichte Lohnerrhöhung absolut unzureichend sei. Soffentlich bringe die nächste Tarifauschubhörung ein besseres Resultat. Die Diskussionsreder sprachen unter Zustimmung der Versammlung ebenfalls ihr Misfallen über die geringe Lohnerrhöhung aus und verlangten gesetzliche Maßnahmen gegen Schieber- und Wucherer, eventuell Wiedereinführung der Zwangswirtschaft.

Bezirk Offenbach a. M. (Bezirksversammlung am 28. August.) Nach Bekanntgabe einiger Aufnahme-gesuche sowie geschäftlicher Mitteilungen wurde die Abrechnung über das zweite Quartal vorgelesen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Einige Wünsche in puncto Lohnzahlung wurden dem Bezirksvorstande mit auf den Weg gegeben. Ein Rückblick auf den vergangenen Streik, sowie die Erhöhung des Beitrags nahmen den größten Teil der Verhandlungen in Anspruch. Im Vordergrund stand das in Berlin getroffene Lohnabkommen und unrer Lage den Unternehmern gegenüber. Besont wurde hierbei die Einmütigkeit der gesamten hiesigen Kollegenchaft während des Streiks und besonders hervor-gehoben die Stellungnahme zum Erscheinen der Parteipresse, die so großen Staub aufwirbelte. Weiter wurde dann die Aufbringung der nötigen Mittel beleuchtet und zum Schluss empfohlen, den Beitragsbeitrag ab 1. September wiederum zu erhöhen, dem auch in der Abstimmung bereitwillig stattgegeben wurde. Besonders stark wurde dann dem Wunsch Ausdruck verliehen, in Anbetracht der furchtbaren Steuererhöhung sofort an die Andahnung

neuer Lohnverhandlungen heranzugehen, dem zum Schluss in der Annahme folgenden Antrags einstimmig stattgegeben wurde: „Der Bezirk Offenbach a. M. verlangt in-folge fortgesetzter Steuererhöhung die sofortige Entlassung der Tarifauschubhörung.“ Dieser Antrag sollte dem Verbandsvorstande sofort telegraphisch übermittelt werden. Einige Interner beschloss die aufbesuchte Versammlung.

Stuttgart. Die Mitgliederversammlung am 21. August in der „Arbeiterhalle“ eröfnete eingangs das Andenken zweier verdorbener Kollegen in üblicher Weise. Im Bericht über die Tarifauschubhörung referierte Gehilfenvertreter Klein über die Entlohnung der Leu-erungsverhältnisse, über die beiderseitigen Anschauungen, die so himmelweit auseinandergehen, und die schließliche Einigung. Die lokalen Bewegungen, die, menschlich betrachtet, begreiflich seien, mühten im Interesse des Ansehens und der Erfordernisse der Organisation verurteilt werden. Die sehr ausgiebige Debatte brachte übereinstimmend zum Ausdruck, dass mit der erreichten Zulage trotz ihrer zahlenmäßigen Höhe wiederum nur ein Teil der fortwährenden Steuererhöhung ausgeglichen wurde und dass zu einem vollen Ausgleich ein wesentlicher höherer Beitrag benötigt werde. Kritisiert wurden die späten Termine der Verhandlungen, die uns immer 14 Tage nachher Erhöhhungen bringen. Zur Erreichung des Vorkriegsstandes wäre ein Wochenlohn von 3000 bis 3200 M. nötig. Weitere Redner wandten sich scharf gegen die Zurückhaltung der Prinzipale in der Frage der Höherentlohnung, bei denen durch diese Ankauferei die Arbeitsfreude gewaltam erdrückt werde. Verschiedene Angriffe gegen den ADGB, wurden im Schlusswort als ungerichtet zurückgewiesen. Ein oppositioneller Antrag verlangte lokales Vorgehen zur sofortigen Erreichung der vollen Zulage, ein zweiter Antrag stellte verschiedene prinzipielle Forderungen an den ADGB. Beide Anträge fanden Ablehnung. Zur bevorstehenden Tarifverhandlung unterzog Kollege Klein die bis jetzt eingereichten Abänderungsanträge einer kurzen Besprechung. Gegenüber zeit- und weltfremden Abänderungsabstößen der Prinzipale wurde als Hauptforderung bezeichnet, die teilweisen tariflichen und sozialen Ertragsgewinnen zu erhalten und zu verbessern. Insbesondere müssen Wochenentlohnung und Feiertagsbezahlung bestehen bleiben, ebenso die Ferien. Ferner muß die rathen Anziehung des Lohnes an die jeweilige Steuererhöhung und die Anpassung der Lokalzuschläge an die Ortsklasseneinteilung für die Folge erreicht werden. Wegen vorgerückter Zeit beschloß die Versammlung, die Diskussion über die Generalversammlungsberichte sowie den Gantagsbericht abzulehnen.

Zeit. Die Differenzen bei der Firma Subell („Selber Neueste Nachrichten“) sind beigelegt.

Den Eltern Subläumstafel Den Tugenden
Eber August Bochwit, in Hamburg, geb. in
Leipzig 1852; 50-jähriges Berufsjubiläum. Beglück-
wünschlun: „Hamburger Fremdenblatt“.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Neue tarifmäßige Lohnstabellen. Neue Lohnstabellen, enthaltend die Röhne für Gehilfen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen (nach Wochen-, Tag- und Stundenlohn berechnet) und das Kostgeld der Beherlinge, sind vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zum Preise von 6 M. pro Exemplar bei portofreier Zustellung sofort zu beziehen. (Postcheckkonto Nr. 85058 Berlin NW 7.) Vorherige Einsetzung des Betrags der Einschickel halber dringend erbeten. Wir empfehlen die Anschaffung dieser offiziellen Lohnstabellen allen Kollegen.

Einiges zur Situation. Aber die Früherlegung der neuen Lohnverhandlungen oder Maßnahmen ähnlicher Art ist uns bis zum Abschluss dieser Nummer noch nicht bekannt gewesen. Die großen Strategen im ADGB, brauchen annehmend wieder viel Zeit, um sich von ihrer so oft verappten „Weisheit“ loszurichten, das Verträge und Kaufkisten einzubahlen sind, mag inzwischen auch die Einstimmigkeit über die deutsche Kammerwert gekommen sein, wo als neue Zerklüftung auch bei fallendem Dollar die Preise weitersteigern. Ringsumher Verhandlungen über Verhandlungen, Abschlüsse auf nur 14 Tage und mit Stundenlöhnen bis hoch in die 70 M. — Im Buchdruckerberuf aber von Prinzipalsseite keine Wohlgestrahlte polilik gegenüber dem Heulen des ausbrechenden Sturmes! Wenn in Leipzig bei der schon bekanntgegebenen Urabstimmung über den Generalstreik sich doch so viel Kollegen für den Streik erklärten, wie auch Berlin und Leipzig keine andre Stadt Gehilfen aufzuweisen hat, dann ist das doch ein sehr gefährliches Zeichen für die andre Seite. Bei der von den maßgebenden Kreisen des ADGB, beliebten Wangentaktik können sich noch ganz andre Dinge in der Gehilfenchaft herausstellen als disziplinwidrige Bewegungen oder selbstmörderische Generalstreiks. Man kann aber trotzdem noch erwarten, dass die wenig friedfertigen, den entsetzenden wirtschaftlichen Sack gar noch begründenden Herrschaften doch zurückgedrängt werden von den einflussreicheren Prinzipalsstellen. — In Hagen ist durch einen fünfjährigen Streik bei einer Firma für alle Gehilfen eine Wirtschaftsbellehne von 100 bis 400 M. erreicht worden. — Der in voriger Nummer von Elberfeld gemeldete Mißerfolg scheint sich nicht auf Barmen

und Remscheid auszudehnen. Die Bewegung in diesen Orten ist nicht bis zum Streik gekommen. — Nachdem in Magdeburg ein örtlicher Streik von der Gehilfenchaft durch Urabstimmung abgelehnt war — die Prinzipalkität dort ist anscheinend vom nahen Leipzig beschattet —, sind die Hilfsarbeiter in den Streik getreten (höhere Löhne vom 1. August an), woraus sich ein fast allgemeiner Kampf entwickelt hat.

Womil die „Zeitschrift“ nicht einverstanden ist. Am 1. September brachte das Prinzipalsorgan den Artikel „Lehrlingsachen“ vom Tarifamtsgehilfenführer Schliebs, welcher im „Korr.“ schon am 22. August zu lesen war. Dieser unrer Lehrlingswesen ist nützlich, warm empfundene Aufsatz hat in der „Zeitschrift“ von der Schriftleitung das Gelektwort erhalten: „Der nachstehenden Ausführungen geben wir Raum, ohne uns mit dem Herrn Verfasser in allem einverstanden zu erklären.“ Es hat schon mancher Lehrlingsartikel von recht unsozialer Tendenz in der „Zeitschrift“ gestanden, den man ohne jeden Vermerk passieren ließ. Die Lehrlingsordnung erfüllt so keine Förderung, diese müßte aber auch vom Prinzipalsorgan erwartet werden, da die Lehrlingsordnung doch von einflussreichen Prinzipalen mitgeschaffen worden ist.

Gegen die katastrophale Papierpreisentwicklung. Anablehbar sind die Folgen, die durch die jetzt erfolgte enorme Papierpreissteigerung eintreten können. Nicht wenige Zeitungen stellen wieder ab 1. September ihr Erscheinen ein oder unterliegen groben Beschränkungen in der Erscheinungsweise. Die Proteste und Anträge an die Regierung zur Abstellung werden eindringlicher. So hat der Vorstand des Graphischen Bundes ein Schreiben an das Reichswirtschaftsministerium gerichtet und darin erucht, der weiteren katastrophalen Preisentwicklung auf dem Papiermarkt Einhalt zu tun. In dem Schreiben heißt es weiter: „Es ist längst offenkundig geworden und wird auch mehr und mehr von Arbeitgeberseite anerkannt, dass einer Entwicklung, die durch ein rathendes Emporkommen der Zellstoff- und Papierpreise gekennzeichnet ist und ein immer mehr in die Erscheinung tretendes Absterben der Presse zur Folge hat, mit den bisherigen Mitteln nicht mehr wirkungsvoll begegnet werden kann. Nicht nur die Presse an sich, sondern die öffentliche Meinungsfreiheit, ja die volle Auswirkung der demokratischen Verfassung des Deutschen Reiches erscheinen durch die steigende Not der Presse bedroht. Weiterhin erscheint das gesamte graphische Gewerbe und die papiererarbeitende Industrie aufs schwerste gefährdet. Bei der engen Verknüpfung der graphischen Industrie mit dem wirtschaftlichen Leben droht darüber hinaus dem Volk ernste Gefahr, die noch durch die zu erwartende große Arbeitslosigkeit in hohem Maße gesteigert wird.“ Die Reichsregierung wird schließlich erucht, Maßnahmen zu ergreifen, um der demagogischen Preissteigerung auf dem Rohstoffmarkt und damit einer rückläufigen, unheilvollen Entwicklung des gesamten Wirtschaftslbens Einhalt zu gebieten. Es muß auch endlich durchgegriffen werden, damit der Reich des Leidens, der vom Einzelmaterialismus für uns überreichlich voll gemacht wurde, vom deutschen Kapitalismus nicht noch zum Überlaufen gebracht wird.“

„Die Zeitungs-papier aus Deutschland verschwindet.“ Unter dieser Schlagmarke gaben wir in Nr. 98 Auszüge aus einer Beschwerte der Kollegen in Lüderbüsch (Südwestafrika) über die Firma Haarmann & Langhoss in Essen zur Kenntnis. Zur Klärstellung wird uns nun darauf in der Hauptache mitgeteilt: Die an das Rundschreiben geknüpften Schlussfolgerungen sind unzutreffend. Verschwinden von Zeitungsdruckpapier aus Deutschland ist so auf wie ausgeschlossen. Der Export von Zeitungsdruckpapier ist genau so bewirtschaftet wie der Verkauf von Druckpapier innerhalb Deutschlands. Ausfuhrbewilligungen erhalten nur die Berliner Verbände. Anstimmlichkeiten sind bei der genauen Untersuchung der Zollbehörde unmöglich. Verträge der gemauhten Art wurden vor zwei Jahren von linksrheinischen Firmen festgesetzt und geabnet. Was die Angebots von Papier an Zustandsfirmen anbelangt, so ist bemerkt, dass diese bei malchinengleitem Druckpapier entweder von der Berliner Verbänden abhängig sind oder die Auflagen in Schweden, Norwegen oder in Finnland untergebracht werden. Die Berliner Verbände exportieren sowohl in Friedenszeiten als auch jetzt noch einen gewissen Prozentsatz der Erzeugung der deutschen Papierfabriken. Der Export geschieht heute im Einverständnis und unter Kontrolle des Reichskommissars für die Ein- und Ausfuhrbewilligungen in Berlin und der Vereinigung der Zeitungsverleger Deutschlands. Wenn daher den Berliner Verbänden ein guter Auftrag in hochwertiger Valuta angeboten wird, an dem ja auch die Zeitungsverleger durch die Exportabgabe beteiligt sind, weshalb sollten die Berliner Verbände den Auftrag nicht annehmen? Im übrigen konnten aber auch bis heute alle Aufträge bei den handhablichen Fabriken eingededit werden, wenn es den Berliner Verbänden aus irgendwelchen Gründen nicht möglich war, die Lieferung zu übernehmen. — Dazu ist unterletzt zu bemerken: Die Kollegen in Lüderbüsch machen ihrem Herzen zum Teil in so temperamentvoller Weise Luft, dass wir diese Särben von vornherein überlegen. Ebenso stellen wir es für angebracht, mancher Behauptung eine vorläufige Form zu geben, da aus so großer Entfernung die Entwicklung der Dinge doch nicht klar und schnell genug überblickt werden kann. Der Beweggrund unrer Kollegen im deutschen Zweick von Südwestafrika ist jedoch durchaus anzuerkennen: Sie waren informiert, dass vor Monaten in Deutschland stärkster Mangel an Zeitungspapier bestand, was auch materielle Schädigung von Gehilfenkreisen zur Folge hatte, und waren nun empört, ein großes Angebot einer deutschen Papierfirma auf dauernde Lieferung selbst dorthin gerichtet zu sehen. Uns ist bekannt, dass Sei-

